

THEMA

Schlappen statt Trendwende

CVP Totalabsturz in Zürich, Rückschläge in Nidwalden und Obwalden: Der Kurs von Parteichef Gerhard Pfister verfängt nicht. Dieser entgegnet, die Trendwende brauche noch Zeit.

Sven Altermatt

Diesen Tag der Entscheidung dürfte sich Gerhard Pfister anders vorgestellt haben: Der CVP-Präsident musste am Sonntag empfindliche Niederlagen einstecken. Zwar zählte seine Partei zu den Siegern bei der No-Billag-Initiative. Doch aus den Regionen kamen, mal wieder, verheerende Signale: In der Stadt Zürich erlitt die CVP ein Debakel – sie ist nicht mehr in Parlament und Regierung vertreten. Und in den Kantonen Obwalden und Nidwalden musste sie deutliche Einbussen hinnehmen; die Partei erodiert in ihren Stammländern.

Bei 13 der 15 kantonalen Parlamentswahlen seit den eidgenössischen Wahlen im Oktober 2015 zählte die CVP zu den Verlierern. 25 Sitze hat die Partei insgesamt eingebüsst, mehr als zwei Drittel davon waren es allein in ihren Hochburgen. Dabei wollte die Partei doch just hier, in den solid schwarzen Halbkantonen Obwalden und Nidwalden, die Trendwende schaffen. Die Wahlen in Unterwalden, sie galten als Stresstest für Pfister. Das Resultat ist nicht nur ungenügend, es hat auch weitreichende Folgen: Lautete die Erzählung der Partei bislang stets, die Verluste in den Kantonen fielen in Pfisters Schonzeit, lassen sich die aktuellen Wahlen kaum mehr von seiner Person abkoppeln. Die Frage lautet: Wann verfängt der eingeschlagene Kurs?

Von Sonderfall zu Sonderfall

Die Geschlossenheit in der CVP ist seit einigen Monaten gross. Wie lange diese hält, ist jedoch offen. Noch sind Skeptiker spärlich. Deutliche Worte wählt die Zürcher Nationalrätin Barbara Schmid-Federer. Für sie ist mit Blick auf die Wahlresultate in der Stadt Zürich klar: «Die CVP hat ihre liberal-sozialen Werte in den letzten Jahren verloren.» Dabei hätten genau jene Werte die Partei stark gemacht. Schmid-Federer gehörte von Anfang zu den Kritikern von «Top 5», dem bürgerlichen Ticket mit SVP und FDP in Zürich.

«Die CVP konnte sich nicht mehr als liberal-soziale Kraft abgrenzen», sagt sie. Das bedingungslose Bündnis «bis hin zu ganz rechts» habe sich als fatal erwiesen. Im protestantischen Zürich war die CVP lange eine kleine, aber konstante Grösse. Jetzt gelang es ihr nicht, den einzigen



CVP-Parteipräsident Gerhard Pfister musste am Sonntag einige Niederlagen einstecken.

Bild: Peter Schneider/Keystone (Bern, 4. März 2018)

Stadtratssitz zu verteidigen. Die Partei scheiterte zudem an der Fünf-Prozent-Hürde für den Gemeinderat und verlor so ihre sechs Sitze. Der Grund dafür stand rasch fest: ein Sonderfall. Zum einen gilt es als ausgemacht, dass der bürgerliche Zusammenschluss ein Fehler war. Zum anderen fehlte der CVP in einem Wahlkreis bloss die Gunst von 20 Stimmenden, um die Fünf-Prozent-Hürde zu knacken.

Ähnlich tönt es aus Obwalden, wo die CVP 3 ihrer bisher 19 Sitze im Kantonsrat verlor. Erst im zweiten Wahlgang entscheidet sich zudem, ob sie weiterhin mit einem Duo im Regierungsrat vertreten sein wird. Im Vorfeld tobte ein wüster Streit über die Frage, wer den vakanten Sitz für die CVP verteidigen darf. Nebst dem offiziellen Kandidaten trat auch ein wilder Kandidat an. Der abtretende CVP-Regierungsrat Niklaus Bleiker hält dies für die Ursache allen Übels. Keine Partei könne eine Wahl gewinnen, «wenn die eigenen Stimmen durch rein eigennützig

Wahlergebnisse der CVP bei den kantonalen Parlamentswahlen seit den eidgenössischen Wahlen 2015, in Prozent

Wallis (2017)	41,7	(-2,1)
Uri (2016)	31,3	(-5,3)
Obwalden (2018)	29,5	(-4,8)
Nidwalden (2018)	28,7	(-3,4)
Schwyz (2016)	27,2	(-1,9)
Freiburg (2016)	23,7	(-2,9)
Solothurn (2017)	18,9	(+0,5)
St. Gallen (2016)	18,4	(-1,7)
Thurgau (2016)	13,4	(-0,8)
Aargau (2016)	12,1	(-1,2)
Basel-Stadt (2016)	5,9	(-1,4)
Waadt (2017)	5,2	(-3,0)
Schaffhausen (2016)	3,7	(-1,2)
Neuenburg (2017)	2,7	(unverändert)

Quelle: BFS / Grafik: Martin Ludwig

handelnde Querkandidaten gesplittet werden». Noch so ein Sonderfall also. Schliesslich Nidwalden: Hier verfehlte die CVP das Ziel, ihre 17 Sitze im Landrat halten zu können. Immerhin verlor sie bei einem Wählerverlust von 2,4 Prozent nur ein Mandat. Man habe «gewichtige Abgänge» ersetzen müssen, erklärte die kantonale Parteileitung.

Eine Partei, die von Sonderfall zu Sonderfall taumelt? «Das darf natürlich keine Ausrede sein», sagt der Bündner Nationalrat Martin Candinas. Es fuchse ihn, wenn seine Partei bei Wahlen verliere. «Oft kann ich mir das selbst nicht erklären, denn wir haben hervorragende Köpfe.» Das Mitglied des Parteipräsidiums glaubt, bisweilen müssten CVP-Exponenten pointierter auftreten. Und Gerhard Pfister? Der CVP-Chef meldete sich gestern bei «Blick online» zu Wort. «Der Turnaround für eine Partei, die seit Jahren nicht vorwärtskommt, braucht Zeit», erklärte er im Interview.

Bürgerliche Strategie mit Risiken

Stadtpolitik Es reicht nicht, Sitze zu gewinnen. Die Bürgerlichen wollen die Dominanz der Linken in den Städten brechen. Zunächst suchten die Bürgerlichen in Basel den «Aufbruch». Mit einem vielversprechenden Viererticket wollten CVP, LDP, FDP und SVP das linke Bündnis bodigen und Basel wieder in bürgerliche Hände überführen. Auch in Bern witterten die Bürgerlichen Morgenluft, als sich das dominierende Rot-Grün-Mitte-Bündnis wegen des Stadtpräsidenten zerstritt. Und in Zürich hofften die Bürgerlichen auf eine historische Wende.

Alle Angriffe scheiterten kläglich. In Basel landete der SVP-Mann Lorenz Nägelin abgeschlagen auf dem neunten Platz, FDP-Kandidat Baschi Dürr musste um seine Wiederwahl zittern. In Bern gewann Rot-Grün-Mitte gar den vierten von fünf Sitzen. Und in Zürich schafften

es die Bürgerlichen nicht einmal, die Lücke auszunützen, welche SP-Stadträtin Claudia Nielsen mit ihrem Rücktritt einen Monat vor den Wahlen schuf.

Städter wählen eher links

Was machen die Bürgerlichen falsch? Die Wenderhetorik sei «komplett überholt», sagt Politogeograf Michael Hermann. Die bürgerlichen Parteien suggerierten, sie wollen nicht nur besser werden, sondern eine Wende herbeiführen. Hermann: «Durch das mobilisieren sie die Gegner.» Tatsächlich schwang die SP Zürich trotz Fiasko bei den Stadtspitzeln und Nielsen-Rücktritt obenauf: Zusammen mit der Alternativen Liste und den Grünen hat die SP sieben Sitze im Stadtparlament gewonnen, die absolute Mehrheit. Die Linken regieren aber

nicht mehr nur die Grossstädte, sie dehnen ihre Macht zunehmend auch in mittelgrossen Städte aus.

Bürgerliche Politik und Städte – passt das zusammen? Politologe Hermann sagt, bürgerliche Parteien verfolgten eine Agglo-Politik, schauten die Städte von aussen an: «Sie fordern mehr Parkplätze, einen flüssigeren Autoverkehr, wollen die Arbeitgeber unterstützen: Das spricht alles Wähler an, die nicht in der Stadt leben – und also auch nicht dort abstimmen.» Das politische Profil der städtischen Bevölkerung sei links-progressiv. Die Städter seien bereit, für einen guten Service public zu bezahlen. Hermann zieht ein vernichtendes Fazit: «Bis zu einem gewissen Grad liegt es ausserhalb der Macht der bürgerlichen Parteien, in den Städten zuzulegen: Die Mehrheit wählt nicht bürgerlich.»

Kopf in den Sand? Für städtische Bürgerliche ist das keine Strategie. Sie glauben, dass sie das urbane Lebensgefühl der Bevölkerung auffangen können – wenn sie ihre Politik ändern. Claudine Esseiva, die ehemalige Generalsekretärin der FDP-Frauen, politisiert im Berner Stadtparlament. Sie sieht die Ursache für die linke Dominanz bei den Bürgerlichen selbst. Man habe die wichtigen Themen für die städtische Bevölkerung total verschlafen. Die da wären: Wohnen, Verkehr, Betreuungspunkte für Kinder. Die FDP gründet deshalb diese Woche in Bern die neue Organisation «FDP Urban». Mit dabei sind Freisinnige der grössten acht Schweizer Städte. «Wir wollen uns besser vernetzen und den Austausch pflegen, um eine liberale Stadtpolitik zukunftsfähig zu machen», sagt Beat Habegger, Leiter «FDP Urban» und Vizepräsident der FDP Stadt

Zürich. Habegger ist überzeugt, dass es liberale Antworten auf die Herausforderungen der Städte bedarf.

Diese Anpassung birgt Risiken. Wie passt es zusammen, dass die Stadtberner FDP einen vierwöchigen Vaterschaftsurlaub unterstützt, die Mutterpartei einen solchen aber ablehnt? Politologe Hermann spricht von einem Risiko, wenn die FDP ihre Politik anpassen will: «Städter gehören nicht zur Kernwählerschaft der FDP. Die Partei kann in den Städten viel weniger gewinnen, als in den Agglomerationen verlieren.» Weil die nationale Partei das Image prägen, könne eine Stadtsektion nicht plötzlich ein anderes Image haben. Er empfiehlt stattdessen, wählbare Personen zu positionieren, die nicht nur die eigene Klientel ansprechen.

Doris Kleck, Anna Wanner